Deutscher Raiffeisenverband e. V.

Mitgliederversammlung

12. Juni 2014 in Berlin

Ansprache des Präsidenten

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

- Mitgliederversammlung – Anlass, Rechenschaft abzulegen über unsere Arbeit – aber auch, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam Ideen zu entwickeln;

- Dankbar, dass das nicht nur auf dem Raiffeisentag geschieht – sondern übers ganze Jahr verteilt in unseren klassischen Formaten wie Fachausschüssen und Fachtagungen ;

- Sie, unsere Mitglieder, sind dankenswerter Weise stets sehr aufgeschlossen, wenn es darum geht, mit uns gemeinsam auch neue Formate zu entwickeln und zu nutzen;

- All das trägt dazu bei, den starken Auftritt unserer Gruppe nach außen und auf den Märkten weiter zu fördern;

- So hat unser gestriges Wirtschaftsforum die ganze Breite genossenschaftlichen Unternehmertums in vielfältiger Hinsicht aufgezeigt – nach Branchen, nach Unternehmensgrößen, nach Persönlichkeiten, nach Ideen, nach Leistungen;

- Diese Form der Öffentlichkeitsarbeit soll auch dazu beitragen, Verständnis und Akzeptanz für moderne, leistungsfähige Land- und Agrarwirtschaft zu fördern;

- Wir müssen viel stärker in die Kommunikation dessen, was wir tun und wie es wir tun, investieren. Unwissenheit lässt Freiraum für Ängste. Diese werden von NGOs konsequent bedient. Der Deutsche Raiffeisenverband und seine Mitgliedsunternehmen engagieren sich, um dem entgegen zu wirken, z. B. bei der Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft (FNL).

- Die vom DRV mit getragene Initiative Tierwohl soll einen Beitrag zu mehr Akzeptanz leisten.

- Die Eckpunkte dieser Initiative - keine Labelung, keine Nämlichkeit, frei wählbare Kriterien für die Tierhalter, finanzieller Ausgleich für die Stufe Landwirtschaft direkt durch einen Aufschlag am POS (Point of Sale) - schaffen eine wettbewerbsgerechte, auf einem „Massenmarkt“ umsetzbare Lösung.

- Die Kriterien sind heute für einen Teil der Betriebe realisierbar. Dies stimmt mich zuversichtlich, dass zeitnah eine „kritische Masse“ erreicht wird.

- Die Branche macht gemeinsam ihre Hausaufgaben. Der enge Schulterschluss zwischen Lebensmitteleinzelhandel, der Fleischwirtschaft und der Landwirtschaft ist beispielhaft.

- Treiber in Sachen Tierwohl, wie die Niederlande, schauen derzeit neidvoll auf die Entwicklung unserer Initiative in Deutschland. Der dort gewählte Ansatz ist in vielen Eckpunkten sehr ähnlich, bei der Finanzierung sind wir hierzulande allerdings ein ganzes Stück voraus.

- Ich bin zuversichtlich, dass die letzten Hausaufgaben gemacht werden. Derzeit befinden sich der Handel und die Stufe Landwirtschaft in den letzten Abstimmungen über die Absichtserklärungen.

- An dieser Stelle einige grundsätzliche Worte zur Europäischen Union, zu der wir uns als DRV ausdrücklich bekennen. Trotz Kritik an einzelnen, zum Teil überbordenden EU-Regelungen sind uns die Vorteile der Gemeinsamen Agrarpolitik und vor allem auch des EU-Binnenmarktes für den Agrarsektor bewusst. Wir stehen

auch klar und unmissverständlich für den Euro, unsere gemeinsame Währung und erteilen dem entgegen gerichteten politischen Bestrebungen eine deutliche Absage! Wer heute aus dem Euro aussteigen will, den erinnere ich an Grenzausgleich!

- Vor gut zwei Wochen wurde das Europarlament neu gewählt. Anfang Juli wird es seine konstituierende Sitzung in Straßburg abhalten und auch die Mitglieder der Parlamentsausschüsse werden dann neu benannt.

- Im Herbst d.J. wird eine neue EU-Kommission ihre Arbeit aufnehmen. Wir blicken der Neubesetzung vor allem des Postens des Agrarkommissars mit Spannung entgegen. Ich hoffe, dass in den kommenden fünf Jahren eine marktorientierte Ausrichtung die Arbeit der Kommission wieder stärker bestimmen wird.

- Ich habe zuletzt vermisst, dass die Kommission den Stellenwert und die Rolle der europäischen Land- und Agrarwirtschaft auf dem globalen Agrarmarkt deutlich artikuliert und die Rahmenbedingungen entsprechend ausrichtet. An Stelle dessen standen bürokratische Feinheiten der Ausweisung ökologischer Vorrangflächen im Mittelpunkt der agrarpolitischen Diskussion.

- Es ist an der Zeit, dass die Politik die Herausforderung der Sicherung der Welternährung, der Ernährung von 9 Mrd. Menschen in 2050, endlich aktiv annimmt. Mit welchen Technologien wollen wir diese Aufgabe stemmen? Wie muss der Weltagrarhandel entwickelt werden, damit die Produkte dorthin gelangen können, wo sie gebraucht werden?

- Innerhalb der EU wurde bereits Ende vergangenen Jahres mit der vom EU-Agrarrat und vom Europäischen Parlament verabschiedeten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 Planungssicherheit für den Agrarsektor bis 2020 geschaffen, was wir grundsätzlich begrüßen.

- Eine Kappung hoher Direktzahlungen konnte erneut abgewendet werden, was ich im Interesse unserer Agrargenossenschaften ausdrücklich begrüße. Gleichwohl muss ich auch darauf hinweisen, dass die größeren Betriebe aufgrund der im Zuge der nationalen Umsetzung der GAP beschlossenen Umverteilung der Prämien finanzielle Einbußen hinnehmen müssen.

- Das Sicherheitsnetz der EU-Marktordnung wird trotz der vorgesehen Stärkung von Instrumenten zum Krisenmanagement weiterhin niedrig hängen und

Preisschwankungen auf den Agrarmärkten nur sehr bedingt abfedern.

- Unternehmerische, marktwirtschaftliche Instrumente zur Preisabsicherung gewinnen deshalb für uns weiter an Bedeutung.

- Warentermingeschäfte an Warenterminbörsen gehören weltweit zum Standardrepertoire der agrarwirtschaftlichen Unternehmen. In der EU hat dieses Thema erst mit Verzögerung Einzug gehalten. Wir haben es frühzeitig aufgegriffen, Expertise entwickelt und im Interesse unserer Mitglieder Position bezogen.

- Position bezogen auch gegenüber NGO´s, die dieses Thema nutzen, um unter dem Slogan `Spekulation mit Lebensmitteln` Spekulanten, Banken und letztlich auch Händler und Verarbeiter zu diskreditieren. Denn eine Börse funktioniert nicht, wenn sich dort nur Händler und Verarbeiter treffen, wie es manchen NGO`s vorschwebt. Dann kann sie ihre Aufgaben der Preisfindung und Preisabsicherung nicht nachhaltig erfüllen. Wir haben den Dialog mit NGO´s gesucht, aber leider keine Annäherung in der Sache realisieren können.

- Gegenüber der Politik stehen wir vor der Aufgabe, uns mit Regelungen zur Reform der EU-Finanzmärkte auseinanderzusetzen – normalerweise ein Arbeitsfeld des BVR.

- Dort sind aber die neuen Regulierungen für die Warenterminbörsen enthalten, zu denen die EU sich auf internationaler Ebene verpflichtet hat - aktuell die Einführung von Positionslimits. Hier setzen wir uns für praxisgerechte Lösungen ein. Die Warenterminbörsen sind in Europa noch am Anfang ihrer Entwicklung. Sie müssen sich entwickeln können und dürfen nicht im Kein erstickt werden. Wir müssen aufpassen und dafür Sorge tragen, dass wir nicht auch auf diesem Feld ausschließlich auf US-Unternehmen angewiesen sind.

- Allerdings muss die Einschätzung des Instruments Terminkontrakte realistisch bleiben: Gelegentlich hat man den Eindruck, manche Vertreter meinen, dass die Milchmarktordnung durch Terminkontrakte ersetzt werden kann. Man brauche nur viele Kontrakte abzuschließen und schon sei ein stabiler Milchpreis garantiert. Dem ist mitnichten so! Jedes einzelne Unternehmen muss den ihm angemessenen Mix aus Sortiment, Diversifikation, Vertriebswegen etc. bestimmen, um ein optimales Risikomanagement zu gewährleisten.

- Mit Blick auf Europa ein kurzes Wort zur Energiepolitik. Durch die EU dürfen uns bei den Erneuerbaren Energien keine Nachteile entstehen. Ich habe mich auf gegenüber der Kommission dafür stark gemacht, dass die Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft weiterhin in den Genuss der Entlastung bei der EEG-Umlage kommen.

- Auch haben wir auf europäischer Ebene mit den Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien einen akzeptablen Kompromiss gefunden, der nun verantwortungsvoll in nationales Recht umgesetzt werden muss.

Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)

- Die vor fast einem Jahr angelaufenen Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten über ein transatlantisches Freihandelsabkommen - kurz TTIP – nehmen derzeit großen Raum in der öffentlichen Diskussion ein. Vielfach wird diese Diskussion leider nicht in sachlicher Form geführt.

- Aus meiner Sicht sollten wir als Agrarwirtschaft die Verhandlungen zu TTIP grundsätzlich konstruktiv begleiten. Aus einem transatlantischen Handelsabkommen

können sich auch für die europäische und deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft durchaus Vorteile ergeben.

- Wir haben in einigen Bereichen, insbesondere bei Milchprodukten, aber z.B. auch bei Wein, durchaus offensive Exportinteressen in Richtung der USA, und ein weiterer Zollabbau kann hier helfen. Umgekehrt werden aus EU-Sicht bestimmte sensible Sektoren, ich denke hier vor allem an den Fleischbereich, auch künftig eines gewissen Außenschutzes über Importquoten bedürfen.

- Wir alle wissen, dass der Knackpunkt der Verhandlungen aber nicht der Zollabbau, sondern der Umgang mit den beiderseitigen Standards sein wird. Im Agrarsektor betrifft dies vor allem den Bereich der Lebensmittelsicherheit. Hormonfleisch und Chlorhühnchen sind nur einige Beispiele für transatlantische Reizthemen, die die öffentliche Debatte beherrschen.

- Ziel muss es aus meiner Sicht sein, die Standards in denjenigen Bereichen anzugleichen, wo dies sachlich machbar und politisch vertretbar ist, so etwa beim Pflanzenschutz oder bei der Milch. Hier gibt es Potential für Kosteneinsparungen für die betroffene Wirtschaft und Chancen für einen erleichterten Marktzugang in den USA.

- Eine komplette Aufgabe zentraler EU-Verbraucherschutzstandards zu Gunsten der USA - wie häufig bedrohlich an die Wand gemalt - steht m.E. politisch ernsthaft nicht zur Debatte.

- Hormonbehandeltes Fleisch oder eine Chlorbehandlung von Schlachtkörpern sind dem EU-Verbraucher nicht vermittelbar. Die Verhandlungsführer der EU-Kommission. wissen genau, dass das zu TTIP erzielte Verhandlungsergebnis am Ende von den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament bestätigt werden muss.

- Ich fordere die EU-Verhandlungsführer auf, bei den TTIP-Verhandlungen die Interessen der europäischen Agrarwirtschaft offensiv zu vertreten. Der Agrarbereich darf hier nicht einseitig zum Zahlmeister für die Interessen anderer Wirtschaftsbereiche werden.

- Wünschenswert wäre im Übrigen auch eine bessere beidseitige Abstimmung der Zulassungsverfahren bei gentechnisch veränderten Organismen; die derzeitige Zulassungspraxis stellt uns bei Rohstoffimporten immer wieder vor erhebliche Probleme.

- Wir sind auf den Rohstoffimport angewiesen; die Einfuhr gentechnisch veränderter Komponenten ist aufgrund der Präsenz Grüner Gentechnik in den Exportländern unvermeidlich. Ich erwarte von den verantwortlichen Politikern daher ein klares Bekenntnis zur Notwendigkeit des ungehinderten Rohstoffimports und die Herbeiführung verlässlicher rechtlicher Rahmenbedingungen.“

- Mit großer Sorge betrachte ich, dass die CDU auf den Gentechnik ablehnenden Kurs ihrer Koalitionspartner CSU und SPD eingeschwenkt ist. Gemeinsam haben sich die Parteien darauf verständigt, den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland zu verbieten.

- Ein Anbauverbot für gentechnisch veränderte Pflanzen in Deutschland wird dazu führen, dass NGOs vehement auch das Verbot des Imports gentechnisch veränderter Pflanzen fordern werden. Dies würde das Aus für unsere Veredelungswirtschaft bedeuten

- Der Beschluss der Bundesregierung ignoriert die globalen Entwicklungen und trägt dazu bei, dass Deutschland und Europa immer stärker von der Zukunftstechnologie Grüne

Gentechnik abgekoppelt werden. Züchtungsunternehmen werden ihre Bereitschaft aufgeben, überhaupt noch gentechnisch veränderte Pflanzen für den europäischen Markt zu entwickeln. Außerhalb Europas kommen jedoch immer neue transgene Pflanzen mit den verschiedensten Eigenschaften auf den Markt, so dass sich die globale Wettbewerbsposition unserer Agrar- und Ernährungswirtschaft weiter verschlechtert.

- Unser derzeit prioritäres Anliegen: die Sicherung und der Ausbau unseres Exports, das ich gern mit Blick auf die anwesende Vertreterin des BMEL, Frau Parl. Staatssekretärin Flachsbarth, anspreche.

- Der Export wird für alle Sparten immer bedeutsamer, ganz besonders für die Tierische Veredelung – dabei hilft uns die enorme Wertschätzung für unsere Produkte im Ausland.

- Agrarhandel ist trotz Marktliberalisierung weiterhin ein stark reglementierter Bereich – Produktstandards, Gesundheitsschutz etc.

- Deshalb brauchen wir - heute mehr denn je - eine für alle Seiten transparente, enge und aufeinander abgestimmte Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Behörden. Eine

kooperative Zusammenarbeit bei klarer Aufgabenteilung zwischen Wirtschaft und BMEL ist entscheidend für den Exporterfolg der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft.

- Die Wirtschaft sucht den engen Schulterschluss und hat hierfür das “Koordinierungs-Komitee Export“ gegründet, als zentrale Anlaufstelle für Fragen der Unternehmen, bzw. für Weiterleitung der Unterlagen, Aufgaben etc. seitens des BMEL – der Deutsche Raiffeisenverband ist eines der Mitglieder.

- Wir sind in den verschiedenen Sparten auf das Vorhandensein von Veterinärzertifikaten, von Pflanzengesundheitszeugnissen etc. angewiesen – andere EU-Mitgliedsstaaten, die deutlich kleiner sind, haben in diesem Bereich eine enorme Schlagkraft auf Basis einer engen Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Behörden.

- Die Unternehmen und wir sind gewillt, noch mehr Zeit und Energie aufzuwenden, allerdings nur mit der Garantie, dass dieser Aufwand auch zu einem wirtschaftlichen Erfolg führt. Deshalb erwarten wir den gleichen Einsatz von Politik und Administration.

Schluss

- Meine Damen und Herren,
  die Raiffeisen-Genossenschaften waren erneut sehr erfolgreich. Sie nehmen die Herausforderungen auf den Märkten an, um ihrem Auftrag gegenüber ihren Mitgliedern nachhaltig zu entsprechen. Sie behaupten ihre Marktposition auch in einem wirtschaftlich globalen Umfeld. Das konstruktive Miteinander im genossenschaftlichen Verbund ist einer von mehreren Erfolgsfaktoren. Lassen Sie uns diese Gemeinsamkeit auch im nächsten Jahr pflegen!

  Gespannt sind wir nun auf den Vortrag von Frau Flachsbarth, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.
  Ich danke Ihnen, dass Sie unserer Mitgliederversammlung die Ehre erweisen und zu uns sprechen werden.
  Ihr Thema legt den Focus auf den internationalen Wettbewerb; deshalb verbinde ich mit Ihren Ausführungen die Erwartung, eine Antwort oder einen Hinweis zudem einen oder anderen von mir angesprochenen Thema zu erhalten.